

## Züripreise in Glarus?

Von: Ruedi Schwitter, Näfels

Glp Glarus Nord



Die Wohnungsmieten in Glarus steigen – und zwar deutlich. Eine aktuelle Studie von Lookmove in Lausanne, über welche die *Südostschweiz* am Freitag, 14. August, berichtete, zeigt ein Bild, das aufhorchen lässt: Die durchschnittliche Bestandsmiete liegt bei rund 1440 Franken, bei Neuwohnungen bei 2145 Franken. Glarus – plötzlich Züripreise?

Ganz überraschend kommt diese Entwicklung nicht. Glarus liegt verkehrstechnisch günstig und wird damit zunehmend attraktiv für Menschen, die im Grossraum Zürich arbeiten, aber nicht die dortigen Wohnkosten bezahlen wollen oder können. Der Siedlungsdruck aus Zürich reicht längst über die Kantonsgrenze hinaus.

Ein weiterer Faktor wird gerne übersehen: Boden ist eine knappe Ressource. Steigt die Nachfrage, steigen auch die Bodenpreise. Damit wird Wohnen teurer – unabhängig davon, ob neu gebaut oder eine bestehende Liegenschaft saniert wird. Gerade bei älteren Gebäuden kann eine umfassende Sanierung finanziell schnell in eine Grössenordnung kommen, die einen Neubau attraktiv macht.

Ob allerdings das viel beschworene «verdichtete Bauen» automatisch für höhere Mieten verantwortlich ist, darf hinterfragt werden. Verdichtung schafft schliesslich zusätzlichen Wohnraum auf derselben Fläche. Entscheidend bleibt, zu welchem Preis der Boden erworben wird und wie sich die Investitionskosten auf die Wohnungen verteilen.

Für Nationalrat Schnyder ist die Erklärung (SO 14. August) offenbar einfacher: Die Zuwanderung sei schuld. Mehr Menschen erhöhen zwar die Nachfrage, doch damit ist noch nicht erklärt, weshalb Boden und Wohnraum gerade in gut erschlossenen Gemeinden immer teurer werden.

Schnyder schlägt als Lösung vor, mehr Wohnraum zu bauen. Dadurch würden die Bodenpreise sinken. Doch wo liegt hier der kausale Zusammenhang? Mehr Wohnungen können den Wohnungsmarkt entspannen. Boden bleibt aber knapp – besonders an attraktiven und gut erschlossenen Standorten.

Umso bedauerlicher ist die politische Weichenstellung. Der Ansatz der GLP, den gemeinnützigen Wohnungsbau zu stärken, hatte weder in der Regierung noch in den Kommissionen oder im Landrat eine Chance. Auch an der Landsgemeinde wurde der entsprechende Memorialsantrag abgelehnt. Dabei wäre dies eine Möglichkeit gewesen,

langfristig Wohnraum zu schaffen, der nicht primär der Rendite verpflichtet ist – und damit gerade für Familien und Menschen mit tieferen Einkommen bezahlbar bleibt.

Wenn Regierungsrätin Marianne Lienhard mit durchschnittlichen Mietpreisen von rund 1200 Franken argumentiert (Landsgemeinde 2026), mag das für Teile des Glarnerlandes zutreffen. Für Glarus Nord und Glarus selbst bildet diese Zahl die Realität vieler Wohnungssuchender kaum noch ab.

Die entscheidende Frage ist deshalb nicht, ob Glarus Zürich werden soll. Das wird es hoffentlich nie. Entscheidend ist vielmehr, ob wir rechtzeitig dafür sorgen, dass Glarus trotz steigender Nachfrage ein Kanton bleibt, in dem auch Familien, junge Menschen und Geringverdienende eine Wohnung finden können.

Mit dem Memorialsantrag der GLP hätte die Politik die Chance gehabt, dafür die richtigen Weichen zu stellen. Sie hat sie verpasst. Die Rechnung dafür könnte künftig nicht nur auf dem Mietvertrag stehen, sondern auch auf der sozialen Struktur unseres Kantons.

Ruedi Schwitter, Landrat Glarus Nord

20.8.2026